

Norbert Paul Engel † am 2. November 2024 381

1. Aufsätze

Manfred Nowak und **Imke Steimann**, Venedig
Der Global Campus of Human Rights: Bedeutung und Entstehungsgeschichte / Menschenrechte als Bildungsauftrag im Rahmen weltweiter Masterprogramme 382

Teresa Suwita, Köln, und **Oskar Wernitz**, Potsdam
EMRK-Beitritt in Sicht? Mehr Zuständigkeit des EuGH für GASP-Maßnahmen / Zur Relevanz des EuGH-Urteils (GK, 10.9.2024) in den verb. Rs. KS und KD (C-29/22 P u.a.) 391

Ioanna Dervisopoulos, Darmstadt
Geschlechtsspezifische Verfolgung im Flüchtlingsrecht / Orientierungslinien zu drei richtungsweisenden Urteilen des EuGH (GK, C-621/21; GK, C-646/21; C-608/22 u.a.) aus dem Jahr 2024 395

2. Entscheidungen

EGMR – 04. 06. 24 – Verletzung von Art. 6 EMRK (zivilrechtl. Anspruch) wegen fehlenden effektiven Zugangs zu Gericht / hier: Überprüfung nicht nur von Sicherungsmaßnahmen, sondern auch von Ermessensentscheidungen der Justizvollzugsbehörden bei der Anordnung von Anstaltswechseln / *Wick gegen Deutschland* 400

EuGH – 29. 07. 24 – Strafverfolgung in Irland auf der Grundlage von Haftbefehlen, die nach dem Brexit im Vereinigten Königreich ausgestellt wurden / Berücksichtigung von Art. 7 EMRK (Keine Strafe ohne Gesetz) und der entsprechenden Bestimmung in Art. 49 GRCh / Rs. *Alchaster* (Große Kammer) 408

EuGH – 10. 09. 24 – Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) / Umfang der Prüfungszuständigkeit der Unionsgerichte / Schadensersatzklage von Hinterbliebenen / Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo / Rs. *KS und KD* (Große Kammer) 416

EuGH – 04. 10. 24 – Einstufung von diskriminierenden Maßnahmen des Taliban-Regimes gegen Frauen in Afghanistan als Verfolgungshandlungen / Kriterium der schwerwiegenden Grundrechtsverletzung kann sowohl durch bestimmte Einzelmaßnahmen als auch durch kumulative Wirkung von Maßnahmen erfüllt sein / Rs. C-608/22 u.a. *Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl u.a. (Femmes afghanes)* 433

EuGH	– 04. 10. 24 –	Recht auf Ausstellung einer neuen Geburtsurkunde / Verpflichtung eines Herkunftsmitgliedstaats (hier: Rumänien) die in einem anderen EU-Mitgliedstaat (hier: GB) rechtmäßig erlangte Änderung des Vornamens und des Geschlechts zu berücksichtigen / Rs. <i>Mirin</i> (Große Kammer)	439
		Nicola Berner , Luxemburg <i>Anmerkung</i> zum vorstehenden Urteil des EuGH: <i>Mirin</i> – die nächste Stufe der EuGH-Rechtsprechung zu Freizügigkeit und Personenstand	446
EuGH	– 04. 10. 24 –	Berücksichtigung von tragenden Grundsätzen zum Schutz der Pressefreiheit gem. Art. 11 GRCh im Lichte der Rspr. des EGMR / Kriterien für die Versagung der Vollstreckung eines in Spanien ergangenen Urteils in Frankreich wegen Beeinträchtigung des franz. <i>ordre public</i> / Rs. <i>Real Madrid Club de Fútbol</i> (Große Kammer)	449
BGer	– 15. 09. 23 –	Kein Verzicht auf jederzeitige Haftprüfung im Dublin-Haftverfahren / Grundsätzliche Bedeutung des Rechts auf persönliche Freiheit / In der Verweigerung der gerichtlichen Überprüfung der Dublin-Haft liegt ein gewichtiger Verfahrensfehler	Steinmann 456
BGer	– 28. 02. 24 –	Verstoß gegen Maskentragpflicht in der Schule während der Corona-Pandemie / Im innerstaatlichen Recht gegenüber Erziehungsberechtigten vorgesehene Ordnungsbuße (hier: 250,- Fr.) stellt keine strafrechtliche Anklage i.S.v. Art. 6 EMRK dar / Anwendung und Bestätigung der vom EGMR entwickelten Kriterien im Fall Engel ./ Niederlande (1976)	Steinmann 458
BGer	– 26. 06. 24 –	Fehlende Beschwerdelegitimation des Erzeugers bei Verfahrenseinstellung wegen strafbaren Schwangerschaftsabbruchs (Ärzte attestieren eine schwere seelische Notlage der beschuldigten Person)	Steinmann 460
BVerfG	– 17. 07. 24 –	Hessisches Verfassungsschutzgesetz (HVSG): Bestimmungen des HVSG teilweise nichtig bzw. unvereinbar mit dem Grundgesetz / Soweit Datenerhebungs- und Übermittlungsbefugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) in seiner Ausprägung als Schutz der informationellen Selbstbestimmung verstoßen, gelten sie nach Maßgabe der Urteilsgründe bis zu einer Neuregelung fort, längstens bis zum 31. Dezember 2025	462
BVerfG	– 01. 10. 24 –	Befugnisse des Bundeskriminalamts gem. BKA-Gesetz: Bestimmte gesetzliche Befugnisse des BKA zur Datenerhebung und Datenspeicherung in Teilen verfassungswidrig / Neuregelung erforderlich / Fortgeltung der fraglichen Bestimmungen bis längstens zum 31. Juli 2025 nach Maßgabe der Urteilsgründe	493
BVerfG	– 08. 10. 24 –	Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes (BND): Strategische Inland-Ausland-Fernmeldeüberwachung durch den BND im Bereich der Cybergefahren teilweise verfassungswidrig / Neuregelung erforderlich / Die mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärte Bestimmung gilt nach Maßgabe der Urteilsgründe längstens bis zum 31. Juli 2025	517
BVerfG	– 13. 11. 24 –	Rechtmäßigkeit der Besetzung der Richterbank: Anwendbare Kriterien bei Selbstablehnung / hier: Dienstliche Erklärung von Richter Eifert mit Bezug auf frühere Äußerungen in seiner Eigenschaft als Hochschullehrer an der Humboldt-Universität zum Thema Berliner Hochschulgesetz (Verfassungsbeschwerde jetzt anhängig in seinem Dezernat)	539
3. Dokumentation			
BVerfG	– 11. 09. 24 –	Resilienz des BVerfG / Stellungnahme des Plenums zu möglichen Änderungen der gesetzlichen Vorschriften über das Bundesverfassungsgericht	543
4. Laufende Verfahren			
BVerfG	– 06. 08. 24 –	Einstweilige Anordnung verhindert Exequatur für Vollstreckung einer in Ungarn verhängten Freiheitsstrafe	544